

Sitzungsniederschrift

Gremium: **Rat**

Datum: **Donnerstag, 08. Juni 2017, um 17:00 Uhr**

Ort: **Ratssaal des Rathauses**



Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Heister-Neumann, Elisabeth (Vorsitzende)
Bosse, Cornelia
Broughman, Stefan
Diedrich, Friedrich-Wilhelm
Dinter, Norbert
Doil, Hans-Joachim
Duckstein, Christian (ab TOP 4)
Engelke, Ulrich
Fox, Andreas
Gehrke, Michael
Gogolin, Gabriele
Grune, Margit
Ide, Guido
Junglas, Klaus
Kühl, Yvette
Preuß, Friedrich
Reinhold, Stefan
Rosinski, Charitha
Ryll, Martin
Schadebrodt, Petra
Schünemann, Hans-Jürgen
Strümpel, Uwe
Waterkamp, Axel
Dr. Weferling, Stefan (ab TOP 7)
Wiesenborn, Petra
von der Verwaltung:
Wittich Schobert (Bürgermeister)
Henning Konrad Otto (Erster Stadtrat)
Jens Schulze (Protokollführer)

Bürgermeister

Ratsvorsitzende/r

Protokollführer/in

durchschnittliche Zahl der Zuschauer im Internet: 40

Tagesordnung - Öffentliche Sitzung

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung
- TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- TOP 3** Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4** Einwohnerfragestunde
- TOP 5** I013/17 Fragestunde des Rates
- TOP 6** Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
- TOP 7** Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 26.01.2017
- TOP 8** Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 03.04.2017
- TOP 9** V102/17 Organisation der Verwaltung; Bildung von 3 Geschäftsbereichen im Rahmen der Fusion Helmstedt-Büddenstedt
- TOP 10** V063/17 Radverkehrskonzept der Stadt Helmstedt
- TOP 11** V114/17 Waffenrecht; Schließung einer Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Helmstedt zur (zunächst) vorübergehenden Übernahme der Waffenrechtsfälle auf dem Gebiet der derzeitigen Gemeinde Büddenstedt
- TOP 12** V069/17 Beschluss über den Jahresabschluss 2015 und die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2015
- TOP 13** V107/17 Annahme von Zuwendungen durch den Rat
- TOP 14** V042a/17 Errichtung eines gemeinsamen Schulbezirks für die städtischen Grundschulen; Durchführung einer Elternbefragung
- TOP 15** V115/17 Durchführung von Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes; Umwidmung von Maßnahmen im Grundschulbereich
- TOP 16** V066/17 Dorferneuerung Emmerstedt - Zustimmung 1. Fortschreibung des Dorferneuerungsplanes Emmerstedt -
- TOP 17** V090/17 Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. OTE 357 Wiesenstraße Ost (1. Änderung); -Satzungsbeschluss-
- TOP 18** V091/17 Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. R 353 Steinmühlenkamp-Nordost Satzungsbeschluss -
- TOP 19** V093/17 Bauleitplanung Helmstedt; Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen
- TOP 20** V097b/17 Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. P 351 Am Stephani - Friedhof; -Aufstellungsbeschluss-
- TOP 21** V071a/17 Erneuerung der Heizungsanlage im Brunnentheater; Leistung einer außerplanmäßigen Auszahlung -
- TOP 22** V055/17 Wochenmarkt; - befristete Verlegung des Standortes des Mittwochs-Wochenmarktes vom Holzberg auf den Markt -
- TOP 23** V121/17 Antrag auf den Verzicht von Herbiziden bei der Pflege der städtischen Grünflächen einschl. der Bauminseln; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- TOP 24** Bekanntgaben
- TOP 24.1** B036/17 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2017; Stand: 17.05.2017
- TOP 25** Einwohnerfragestunde

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ratsvorsitzende Elisabeth Heister-Neumann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Heister-Neumann stellt die ordnungsgemäße Ladung des Rates der Stadt Helmstedt fest. Sie bittet Herrn Schulze, die Anwesenheit festzustellen. Im Anschluss daran stellt sie fest, dass die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Helmstedt gegeben ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Heister-Neumann fragt, ob es zur Tagesordnung Änderungswünsche gibt.

Frau Heister-Neumann gibt bekannt, dass die Vorlage 093/2017 (TOP 19) verwaltungsseitig von der Tagesordnung genommen wird. Sodann stellt sie die geänderte Tagesordnung fest.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Den anwesenden Einwohnern wird Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird in einem Fall zum Thema Umsetzung von Bienenkörben Gebrauch gemacht.

TOP 5 Fragestunde des Rates

1013/17

Herr Strümpel stellt stellvertretend für Frau Niemann einige Fragen. Als erstes erfragt Frau Niemann, wie die Entwicklung der Schülerzahlen für die Grundschulen in Helmstedt sei. Weiterhin möchte sie die Höhe der Einsparung durch die Schließung der Grundschule Ostendorf wissen. Als drittes fragt Frau Niemann an, welches Nachnutzungskonzept von der Verwaltung für die freigewordenen Räume der ehemaligen Gebäude der Grundschule St. Ludgeri vorgeschlagen wird. Die letzte Frage von Frau Niemann bezieht sich auf das Netzwerk Kinder. Hierzu möchte sie wissen, was aus dem Netzwerk Kinder geworden sei und ob die Einladung zum per Mausclick zum Kita-Platz eine Veranstaltung hierzu war.

Bürgermeister Schobert antwortet auf die erste Frage, dass die Entwicklung der Schülerzahlen in den Grundschulen Helmstedt tendenziell abnehmend sei, wobei es Spitzen durch die Aufnahme von rund 70 Flüchtlingskindern gebe. Um dies zu verdeutlichen, nennt er Zahlen aus den Jahren 1995, 2005, 2015 und eine Prognose für 2020. Auf die zweite Frage von Frau Niemann erklärt Bürgermeister Schobert, dass durch die Schließung jährlich rund 55.200 € eingespart werden. Hierzu gehöre u.a. die Einsparung für notwendigen Brandschutz- und Amoklaufmaßnahmen. Auf die Frage, welche Nachnutzung die Verwaltung für die Gebäude vorschläge, antwortet Bürgermeister Schobert, dass das gelbe Gebäude an den Landkreis Helmstedt vermietet werde und für das rote Gebäude noch kein Nachnutzungskonzept vorhanden sei. Auf die Frage bezüglich des Netzwerks Kinder erklärt Bürgermeister Schobert, dass das Netzwerk seit seiner Gründung 2012 sechs Mal getagt habe und die genannte Veranstaltung ebenfalls eine Netzwerkveranstaltung war, zu welcher die Vorsitzende des

AJFSS und die Stellvertreterin eingeladen waren.

Herr Engelke stellt eine Vielzahl von Anfragen an den Bürgermeister und überreicht ihm diese in Papierform. (siehe Anlage zu diesem TOP).

Bürgermeister Schobert bedankt sich für die Anfragen und versichert, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Herr Gehrke stellt fest, dass Bürgermeister Schobert in der AJFSS-Sitzung vom 25.11.2015 bekannt gab, dass durch die Schließung der Ostendorf Grundschule voraussichtlich 90.000 € eingespart werden. Er möchte vom Bürgermeister eine Erklärung für die Differenz der beiden Zahlen und die deutlich geringere Einsparung erhalten.

Bürgermeister Schobert hat die Berechnungsgrundlage für die in der AJFSS-Sitzung vom 25.11.2015 genannten Beträge nicht vorliegen. Er sichert Herrn Gehrke eine Beantwortung der Frage zu.

Herr Gehrke bittet um eine Beantwortung der Frage im Rahmen des Protokolls.

TOP 6 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Der Bürgermeister hatte weder etwas über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde noch über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses zu berichten.

TOP 7 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 26.01.2017

Der Rat der Stadt Helmstedt genehmigt einstimmig - bei einer Enthaltung - die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 26.01.2017.

TOP 8 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 03.04.2017

Der Rat der Stadt Helmstedt genehmigt einstimmig - bei einer Enthaltung - die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 03.04.2017.

TOP 9 Organisation der Verwaltung; Bildung von 3 Geschäftsbereichen im Rahmen der Fusion Helmstedt-Büddenstedt

V102/17

Herr Ryll gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Bürgermeister Schobert merkt hierzu an, dass im VA die Änderung gewünscht wurde, den Bereich der Wirtschaftsförderung in dem Organigramm zusätzlich zu nennen. Er weist auf das Sternchen (*) bei der Stabsstelle 11 Beauftragte für besondere Aufgaben hin und die hierzu bereits vorhandene Information, welche Bereiche zu dieser Stabsstelle gehören. Diesen Hinweis sehe er als ausreichend an und schlägt vor, die Schriftgröße dieses Hinweises vergrößern zu lassen, um diesen mehr hervorzuheben.

Frau Schadebrodt sieht die Aufgabe der Wirtschaftsförderung als besonders wichtig an. Damit die Wirtschaftsförderung mit ihren Aufgaben nach außen hin nicht untergehe, bittet sie, die Bezeichnung der Stabsstelle 11 Beauftragte für besondere Aufgaben um den Begriff "und

Wirtschaftsförderung" zu ergänzen, damit die aktive Wirtschaftsförderung im Organigramm deutlich zu erkennen ist.

Der Rat stimmt diesem Vorschlag zu. Der Vorschlag wird von Seiten der Verwaltung aufgenommen.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Die Verwaltungsorganisation erfolgt wie in der Anlage dargestellt (3 Geschäftsbereiche, 2 Stabsstellen und 9 Fachbereiche).

Anmerkung: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegt.

TOP 10 Radverkehrskonzept der Stadt Helmstedt

V063/17

Herr Gehrke gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag. Hierzu stellt Herr Gehrke bezüglich der Anlage die Frage, ob die Anlage komplett sei, weil ihm der Inhalt der Anlage sehr gering vorkomme.

Bürgermeister Schobert weist darauf hin, dass es sich bei der Anlage um ein Musterbeispiel für die noch folgenden Einzelanlagen handle, welche in den folgenden Tagen im Ratsinformationssystem (RIS) zur Verfügung gestellt werden.

Herr Fox spricht lobende Worte für das Radverkehrskonzept der Stadt Helmstedt und die ersten erkennbaren Maßnahmen und Ergebnisse aus. Die Formulierung unter Punkt 8.4. Radverkehrsführung finde er jedoch etwas vage formuliert. Er regt dazu an, Straßen, welche aus früherer Entwicklung besonders breit gebaut wurden und heute aufgrund geringerem Verkehrsaufkommen weniger belastet sind, genauer in Betracht zu nehmen, um, wenn möglich, zusätzliche Radfahrstreifen auf den Straßen einzurichten und damit Situationen mit speziell angelegten Radfahrwegen zu minimieren. Zusätzlich merkt Herr Fox an, dass es sich bei diesem Konzept um eine laufende Aufgabe der Verwaltung handle, bei welcher eine kontinuierliche Weiterentwicklung wichtig sei, sodass für die Helmstedter Bürgern die Nutzung von Fahrrädern angenehmer gestaltet werde und Fahrräder zukünftig immer mehr genutzt werden.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig - bei einer Enthaltung den nachfolgenden

Beschluss

Der Rat der Stadt Helmstedt stimmt dem Radverkehrskonzept und der daraus resultierenden Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur für Fahrradfahrer zu.

TOP 11 Waffenrecht; Schließung einer Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Helmstedt zur (zunächst) vorübergehenden Übernahme der Waffenrechtsfälle auf dem Gebiet der derzeitigen Gemeinde Büddenstedt

V114/17

Frau Schadebrodt gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Frau Heister-Neumann berichtet, dass der Kreistag Helmstedt diese Zweckvereinbarung am Tag zuvor beschlossen habe.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Die als Anlage beigefügte Zweckvereinbarung zur Übertragung der gem. § 4 Ziffer 4 der Verordnung über Zuständigkeiten auf verschiedenen Gebieten der Gefahrenabwehr (Zust-VO SOG) und der Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeitsschutz-, Immissionsschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts sowie anderen Rechtsgebieten (ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz zugewiesenen Aufgaben von der Stadt Helmstedt auf den Landkreis Helmstedt wird vorbehaltlich der Genehmigung des MI geschlossen. Die Verwaltung wird ermächtigt, eventuell vom MI für erforderlich gehaltene Änderungen vorzunehmen, sofern die Grundzüge der Vereinbarung hierdurch nicht berührt werden.

Anmerkung: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegen.

TOP 12 Beschluss über den Jahresabschluss 2015 und die Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2015

V069/17

Herr Doil gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig - bei 5 Enthaltungen - den nachfolgenden

Beschluss

1. Der Jahresabschluss der Stadt für das Haushaltsjahr 2015 wird gem. § 129 Abs. 1 NKomVG beschlossen.
2. Das Jahresergebnis 2015 (Überschuss i. H. v. 3.645.159,85 €) wird gem. Artikel 6 Abs. 9 GemHausRNeuOG mit dem kameralem Sollfehlbetrag verrechnet.
3. Gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG erteilt der Rat dem Bürgermeister für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2015 die Entlastung.

TOP 13 Annahme von Zuwendungen durch den Rat

V107/17

Herr Duckstein gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Die in der Vorlage 107/2017 aufgeführten Zuwendungen werden angenommen.

TOP 14 Errichtung eines gemeinsamen Schulbezirks für die städtischen Grundschulen; Durchführung einer Elternbefragung

Frau Grune gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Strümpel stellt fest, dass der Rat und die Ausschüsse viele Jahre damit verbracht haben, über die Vor- und Nachteile eines Schulbezirkes zu diskutieren. Um die Vor- und Nachteile solle es in dieser Sitzung nicht gehen, sondern insbesondere um die Befragung der Eltern. Herr Strümpel äußert sich positiv bezüglich der Befragung und hebt hervor, dass er eine Befragung der Eltern der zukünftigen Schulkinder für demokratisch und richtig empfinde. Er stimmt der für erforderlich angesehenen Rücklaufquote an Fragebögen von mindestens 40% zu, da dieser Wert für eine angemessene Beurteilung erforderlich sei. Er regt dazu an, für die Eltern eine Informationsveranstaltung bezüglich der Befragung durchzuführen, um eine Beantwortung der Fragen "aus dem Bauch heraus" zu vermeiden. Herr Strümpel bittet Bürgermeister Schobert darum, Herrn Leppin und seinen Mitarbeitern seinen herzlichen Dank für die hervorragende Arbeit auszusprechen.

Herr Ide bedankt sich ebenfalls für die Arbeit seitens der Verwaltung und der Arbeitsgruppe. Er stellt fest, dass diese Forderung seitens des Stadtelternrates und des AJFSS bereits seit 2011 vorliege und dass die Zulässigkeit der Errichtung eines einheitlichen Schulbezirkes seit der Stellungnahme der Landesschulbehörde vom 14.01.2013 bekannt sei. Damit möchte er deutlich machen, wie lange sich der Stadtelternrat und der AJFSS mit dieser Thematik befassen. Der Stadtelternrat habe sich demokratisch für eine Elternbefragung ausgesprochen. Er selbst sei kein Befürworter der Elternbefragung gewesen und ist es weiterhin nicht, weil er der Ansicht ist, dass diese nur viel Zeit in Anspruch nehme, überflüssig sei und dass es die Funktion des Stadtelternrat ist, den Willen der Elternschaft auszusprechen und zu vertreten. Da er einer Behinderung des Prozesses zur Errichtung eines gemeinsamen Schulbezirkes entgegenwirken möchte, werde die FDP-Fraktion diesem Beschluss trotzdem zustimmen. Hierzu fordert er auch alle anderen auf und macht darauf aufmerksam, dass der einheitliche Schulbezirk zum einen den Grundschulen eine konstruktive Zusammenarbeit untereinander ermöglichen und zum anderen den Wunsch der Eltern, eine Grundschule für ihre Kinder auszusuchen, erfüllen werde.

Herr Ryll äußert sich positiv gegenüber der Elternbefragung und hofft auf eine rege Beteiligung. Auch Herr Ryll lobt das gut ausgearbeitete und detaillierte Informationsmaterial und dankt an dieser Stelle der Verwaltung und allen Beteiligten für die geleistete Arbeit. Wie Herr Strümpel sieht auch Herr Ryll die Informationsveranstaltung für die zu befragenden Eltern als sehr wichtig an. Er ist der Überzeugung, dass es trotz des umfangreichen Informationsmaterials Eltern geben wird, die Fragen zu der Thematik haben. Daher schlägt er vor, den Vorgang nach Versand der Anschreiben und Fragebögen auch über die örtlichen Medien kundzugeben, um eine hohe Anzahl an Betroffenen darauf aufmerksam zu machen und somit eine hohe Anzahl an Teilnehmern an der Informationsveranstaltung zu erhalten. Hierfür sollen auch Medien wie Facebook genutzt werden, da es sich hierbei auch um eine jüngere Gruppe als Ansprechpartner handele.

Herr Preuß spricht sich für einen einheitlichen Schulbezirk aus. Bezüglich der Elternbefragung habe er jedoch Zweifel an einer Rücklaufquote von mindestens 40%. Diese Quote sehe er als zu hoch an und fragt, welches Vorgehen vom Rat vorgeschlagen werde, wenn diese Quote nicht erreicht werde. Weiterhin regt Herr Preuß an, nicht nur die Eltern der Kinder im Alter bis einschließlich 5 Jahren zu befragen, sondern auch die Eltern, deren Kinder bereits eine Grundschule besuchen, weil diese bereits Erfahrung gesammelt haben und diese Erfahrung in die Befragung einfließen lassen können.

Herr Strümpel nimmt zu der Aussage von Herrn Preuß Stellung und erklärt, dass jede Fraktion eine Entscheidung über den einheitlichen Schulbezirk nach eigener Auffassung treffen kann und der Rat eine Entscheidung treffen werde, wenn die Rücklaufquote von 40% nicht erreicht

wird. Weiterhin erklärt Herr Strümpel, dass die Eltern der bereits schulpflichtigen Kinder nicht befragt werden sollen, weil sich diese Entscheidung nicht auf die derzeitigen Grundschulkinder auswirke, sondern auf die zukünftigen Grundschulkinder. Bei einer zusätzlichen Befragung der Eltern der derzeitigen Grundschulkinder könnte es zu einer Verzerrung des Ergebnisses kommen, weil diese bereits einen anderen Bezug zu den Grundschulen haben, sich mit der einen Grundschule identifizieren und dementsprechend ihre Entscheidung treffen. Gegenüber Herrn Ide regt Herr Strümpel an, inhaltlich nicht so viel zu urteilen und bezüglich der Thematik die Bertelsmann Stiftung zu lesen. Der Wille der Mehrheit der Eltern zeige sich nicht durch Entscheidungen eines Stadtelternrates, sondern durch eine demokratische Elternbefragung.

Herr Preuß stellt fest, dass die Meinungen zu der Elternbefragung und zum Stadtelternrat unterschiedlich seien. Er stellt dem Rat gegenüber die Frage, ob der Rat zukünftig nach der Kommunalwahl hinsichtlich jeder Entscheidung erst die Bürger befragen wolle, um anschließend im Rat eine Entscheidung entsprechend der Mehrheit des Willens der Bürger zu treffen. Dies wäre Demokratie auf unterster Ebene.

Herr Fox ist der Ansicht, dass es richtig sei, über den Kreis der Ratsmitglieder hinaus die Betroffenen zu fragen, um herauszufinden, was sich diese wünschen. Hierbei sei es wichtig, dass ein großer Teil der Eltern an der Befragung teilnimmt und sieht eine Rücklaufquote von 40% als absolutes Minimum. Entscheidend bei dem Ergebnis sei eine gut und deutlich erkennbare Mehrheit für oder gegen den einheitlichen Schulbezirk, sodass sich der Rat bei der Entscheidung an dem Ergebnis und damit am Willen der Mehrheit der befragten Elternschaft orientieren könne. Des Weiteren sieht Herr Fox es als bedeutsam an, den Eltern bei der Informationsveranstaltung deutlich zu machen, dass, wenn sie sich für einen einheitlichen Schulbezirk einsetzen, es in einigen Bereichen mit großer Wahrscheinlichkeit zu Losverfahren bei der Vergabe der Schulplätze kommen werde. Unabhängig von der Entscheidung über einen einheitlichen Schulbezirk sieht Herr Fox es als wichtig an, dass die Stadt Helmstedt Schulen hat, welche attraktiv und leistungsfähig sind und an welchen gute Arbeits- und Lernbedingungen für alle bestehen, sodass man sich auch zukünftig um jede Schule bemühen muss.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

1. Dem anliegend beigefügten Elternanschreiben wird zugestimmt.
2. Dem anliegend beigefügten Kurzmerkblatt mit Fragebogen auf der Rückseite wird zugestimmt.
3. Dem anliegend beigefügten ausführlichen Merkblatt zur Veröffentlichung auf der städtischen Homepage wird zugestimmt.
4. Mit der Elternbefragung soll gleich nach den Sommerferien 2017 begonnen werden.

Anmerkung: Die im Beschluss genannten Anlagen haben der Vorlage beigelegt.

TOP 15 Durchführung von Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes; Umwidmung von Maßnahmen im Grundschulbereich

V115/17

Herr Ide gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig - bei einer Enthaltung - den nachfolgenden

Beschluss

Die zunächst geplante und in den Haushaltsplan 2017 eingestellte KIP-Maßnahme Sanierung der Aula der Grundschule Pestalozzistraße wird nicht weiter verfolgt. Stattdessen werden im Rahmen der für KIP-Maßnahmen an Grundschulen zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Heizungssanierung an der Grundschule Friedrichstraße und die Erneuerung der Fenster und Sockelelemente im Flurbereich der Grundschule Lessingstraße realisiert.

TOP 16 Dorferneuerung Emmerstedt - Zustimmung 1. Fortschreibung des Dorferneuerungsplanes Emmerstedt -

V066/17

Herr Diedrich gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Der 1. Fortschreibung des Dorferneuerungsplanes Emmerstedt wird zugestimmt.

TOP 17 Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. OTE 357 Wiesenstraße Ost (1. Änderung); -Satzungsbeschluss-

V090/17

Herr Fox gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

1. Der Abwägung (Anlage 1), der in der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen, wird beigetreten.

2. Der Bebauungsplan Nr. OTE 357 Wiesenstraße-Ost (1. Änderung) wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung zum Bebauungsplan wird zugestimmt.

Anmerkung: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegt

TOP 18 Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. R 353 Steinmühlenkamp-Nordost Satzungsbeschluss -

V091/17

Herr Waterkamp gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Engelke wird diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, da es sich seiner Ansicht nach bei dem Beschluss nicht um einen Bebauungsplan, sondern um die Privatisierung öffentlicher Fläche handele. Dieser Weg sei ein öffentlicher Weg, der zum Wald führt und von Bürgern genutzt wird. Er versteht nicht, wieso dies zukünftig nicht mehr so sein soll.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt mit 24 JA-Stimmen bei 1 NEIN-Stimme sowie 1 Enthaltung den nachfolgenden

Beschluss

1. Den Abwägungsvorschlägen (Anlage 3), zu den in der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen, wird beigetreten.
2. Der Bebauungsplan Nr. R 353 "Steinmühlenkamp - Nordost" wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung zum Bebauungsplan wird zugestimmt.

Anmerkung: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegt.

TOP 19 Bauleitplanung Helmstedt; Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen

V093/17

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 20 Bauleitplanung Helmstedt; Bebauungsplan Nr. P 351 Am Stephani - Friedhof; -Aufstellungsbeschluss-

V097b/17

Herr Dinter gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Junglas erachtet diese Vorlage als besonders wichtig für die Stadtentwicklung, weil dadurch ein neues Wohngebiet für die Kernstadt geschaffen werde. Er sieht den Zusatz des Bau- und Umweltausschusses vom 30.05.2017, dort ein allgemeines Wohngebiet zu errichten, als gut an und habe für den Vorschlag, auf dem Gelände zum Teil auch Einzelhandel zu errichten, wodurch neun von 28 Grundstücken dem Einzelhandel zugeteilt werden müssen, kein Verständnis. Positiv hebt Herr Junglas die zügige Erarbeitung dieser Vorlage hervor, sodass dieser Aufstellungsbeschluss nun gefasst werden kann.

Frau Schadebrodt findet es sinnvoll, neue Wohngebiete in Helmstedt zu schaffen, weil Helmstedt als Wohnstandort in den vergangenen Jahren an Attraktivität gewonnen habe. Die Beratungen im Bau- und Umweltausschuss ergaben eine kritische Ansicht bezüglich der Ausweisung von zusätzlichen Einzelhandelsflächen in diesem Bereich. Ferner sei abzuwarten, welchen konkreten Handlungsbedarf das neue Einzelhandelskonzept aufzeigen werde. Die FDP-Fraktion sei der Auffassung, die Möglichkeit der Schaffung eines neuen Wohngebietes auf der Erweiterungsfläche des Stephani-Friedhofes zu nutzen und wird daher dem abgeänderten Beschlussvorschlag für den Bebauungsplan für ein allgemeines Wohngebiet zustimmen.

Herr Gehrke äußert sich zu der Entstehungsgeschichte dieses Beschlusses. Er erinnert daran, dass das Thema Friedhofserweiterungsfläche am 26.11.2015 auf der Tagesordnung des Bau- und Umweltausschusses stand und die Verwaltung damals bekannt gab, dass die Verwaltung darüber nachdenke, dort eventuell Wohnhäuser zu errichten, weil diese Fläche für den Friedhof nicht gebraucht werde. Anfang Mai 2017 habe die SPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag eingereicht, welcher genau diese Wohnraumbebauung vorsah. Dieser wurde daraufhin auch im Bau- und Umweltausschuss mit der besprochenen Ergänzung behandelt. Herr Gehrke möchte daher auf diesen Antrag hinweisen, der möglicherweise auch zu einer Beschleunigung des Verfahrens geführt habe und ist erfreut darüber, dass für diejenigen, die dort bauen wollen, die Möglichkeit geschaffen wird, innenstadtnah leben zu können.

Bürgermeister Schobert nimmt Stellung zu den Äußerungen von Herrn Gehrke und stellt fest, dass es irrelevant gewesen sei, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag gestellt habe. Grund hierfür sei das bereits seit mehreren Wahlperioden andauernde Verfahren zur Verwirklichung des Konzeptes "Wohnen, Arbeiten und Einkaufen" am Magdeburger Berg. Teil dieses Konzeptes war diese Erweiterungsfläche für den Friedhof, weil eine klare Entwicklung des Friedhofes seinerzeit nicht ersichtlich war. Die auf die Entwicklung folgenden verschiedenen Gespräche mit der Kirche ergaben, dass die Kirche ihrer Einschätzung nach diese Fläche für eine Erweiterung des Stephani-Friedhofs nicht benötige. Die darauffolgenden internen Besprechungen bezüglich der Zulassung von Einzelhandel an dieser Stelle ergaben, dass die Verwaltung den Zweckverband Großraum Braunschweig hierzu befragen sollte, um die Frage zu klären, ob dort Einzelhandel möglich ist. Der Zweckverband Großraum Braunschweig habe diesbezüglich vor wenigen Monaten geantwortet und die Antwort liege dem Rat mit diesem Beschluss als eine mögliche Option vor. Damit möchte Bürgermeister Schobert hervorheben, dass es sich bei dieser Entscheidung nicht um eine plötzliche Zufallsentscheidung handle, sondern um eine langfristige Strategie, die der Rat der Stadt Helmstedt vor mehreren Wahlperioden beschlossen habe und das Konzept des Magdeburger Berges mit diesem Beschluss vollendet wird.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt mit 24 JA-Stimmen bei 1 NEIN-Stimme sowie 1 Enthaltung den nachfolgenden

Beschluss

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. P 351 Am Stephani Friedhof für das in der Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet wird gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB), mit der Maßgabe, dass dort ein allgemeines Wohngebiet entstehen soll, beschlossen.

TOP 21 Erneuerung der Heizungsanlage im Brunnentheater; Leistung einer außerplanmäßigen Auszahlung -

V071a/17

Frau Wiesenborn gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Engelke bemängelt an der Vorlage, dass diese neben den vorhandenen Informationen auch technische Informationen beinhalten müsste. Diese fehlen ihm in dieser Beschlussvorlage und er verstehe nicht, wieso der Energiebeauftragte der Verwaltung hierbei nicht beteiligt wurde.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig den nachfolgenden

Beschluss

Gemäß § 117 NKomVG wird der Leistung einer außerplanmäßigen investiven Auszahlung in Höhe von 115.000,00 € für die Erneuerung der Heizungsanlage im Brunnentheater zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus den für die Erneuerung der Heizungsanlage des Rathauses vorgesehenen Mitteln der investiven Maßnahme I11220029 in Höhe von 86.300 € sowie der erwarteten Förderung in Höhe von 28.700 €. Die Erneuerung der Heizungsanlage des Rathauses wird infolgedessen auf das Haushaltsjahr 2019 verschoben.

TOP 22 Wochenmarkt; - befristete Verlegung des Standortes des Mittwochs-Wochenmarktes vom Holzberg auf den Markt -

V055/17

Der Bürgermeister berichtet, dass sich der Verwaltungsausschuss gegen eine Verlegung des Wochenmarktes auf den Marktplatz ausgesprochen habe.

Herr Fox gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Preuß ist der Ansicht, dass mit dem Beschluss, den Mittwochs-Wochenmarkt probeweise auf den Marktplatz zu verlegen, eine Entscheidung gegen die Beschicker gefasst werden würde. Zum einen gäbe es Beschicker, die mit einer Verlegung nicht einverstanden sind. Zum anderen ist bekannt, dass eine Verschiebung des Mittwochs-Wochenmarktes auf den bereits ausgebauten Abschnitt möglich sei. Daher stimmt es Herrn Preuß froh, dass vorliegend ein Beschluss gefasst werden soll, welcher gegen eine Verlegung des Mittwochs-Wochenmarktes ist.

Frau Schadebrodt stellt fest, dass es offensichtlich ist, dass der Wochenmarkt verbessert werden muss. Eine probeweise Verlegung des Mittwochs-Wochenmarktes auf den Marktplatz könne aufzeigen, ob sich die Situation des Mittwochs-Wochenmarktes durch den Standort auf dem Marktplatz verbessere. Dies sei jedoch nur möglich, wenn die Marktbeschicker hierzu bereit seien. Des Weiteren weist Frau Schadebrodt auf die Konsequenzen einer erfolgreichen Verlegung hin. Der Marktplatz würde bei einer Vergrößerung des Mittwochs-Wochenmarktes schnell zu klein werden. Die Gastronomen auf dem Marktplatz müssten vermutlich Stühle und Tische zur Seite rücken, um die Fläche, für welche sie Konzessionsabgaben gezahlt haben, für die Marktbeschicker frei zu machen. Zusätzlich könnte eine Verlegung des Mittwochs-Wochenmarktes auf den Marktplatz und der Verbleib des Samstag-Wochenmarktes auf dem Holzberg zu Verwirrungen bei den Besuchern führen. Insofern sei die FDP-Fraktion froh, dass ein geänderter Beschlussvorschlag vorliege. Allerdings solle der Ansatz der Verwaltung, das regionale Angebot auszubauen, kleine kulturelle Events mit einzuplanen und die Durchführung von Gesprächen mit den Markthändlern, weiterverfolgt werden. Weiterhin appelliert Frau Schadebrodt an die vorhandenen Marktbeschicker, neue Vorschläge nicht immer gleich abzulehnen, sondern sich aktiv in die Gestaltung des Wochenmarktes einzubringen, um den Wochenmarkt interessanter zu gestalten und mehr Kunden anzuziehen.

Herr Gehrke äußert sich unzufrieden gegenüber der CDU-Fraktion über das Vorgehen und Verhalten bezüglich dieses Beschlusses. Er habe kein Verständnis dafür, dass sich die CDU-Fraktion in einer Sitzung für die Verlegung des Mittwochs-Wochenmarktes ausspreche und in der nächsten, ohne eine Änderung der Rahmenbedingungen, dagegen sei. Herr Gehrke spricht sich für die Verlegung des Mittwochs-Wochenmarktes aus, weil dieser Versuch kostenneutral sei und aufzeige, ob dadurch die Verbesserung des Mittwochs-Wochenmarktes bewirkt werden kann. Er weist darauf hin, dass der Wochenmarkt in den vergangenen Jahren einen funktionellen Wandel erfahren habe. Früher hatte der Wochenmarkt die Funktion der kostengünstigen Lebensmittelversorgung und Angebotsvielfalt. Heute bieten die Lebensmittelgeschäfte das gleiche Sortiment an und übernehmen diese Funktion, sodass die Wochenmärkte den heutigen Anforderungen an den Wochenmarkt angepasst werden müssen. Herr Gehrke habe mit den Gastronomen auf dem Markt gesprochen. Eine Gastronomin zeigte sich gegenüber der Verlegung des Mittwochs-Wochenmarktes auf den Marktplatz positiv und regte an, dass die Gastronomen auf dem Markt die regionalen und saisonalen Produkte nutzen könnten, um diese auch in ihren Bereichen anzubieten. Das Argument von Frau Schadebrodt bezüglich der Stühle greife nach der Auffassung von Herrn Gehrke nicht. Grund hierfür sei, dass für den Mittwochs-Wochenmarkt keine Masse an Marktbeschickern vorgesehen werde, sondern die Anpassung der Qualität angestrebt sei. Des Weiteren geht Herr Gehrke auf die von der Verwaltung angestrebten Prinzipien für den Wochenmarkt ein. Diese Prinzipien sind die Regionalität, eine anhaltende Atmosphäre, Kommunikation und die Verbesserung des Angebots. Hierbei sei Herr Gehrke der Ansicht, dass es für die Schaffung der anhaltenden Atmosphäre keine bessere Möglichkeit gäbe, als einen Wochenmarkt auf dem Marktplatz. In diesem Zusammenhang nennt Herr Gehrke den Wochenmarkt in Königslutter als Beispiel, welcher durch die Verlegung auf den Markt an Attraktivität gewonnen habe. Daher sei die

SPD-Fraktion insgesamt der Meinung, einen Versuch mit der Verlegung des Mittwochs-Wochenmarktes auf den Markt zu wagen um damit zum einen das Vielfaltsangebot zu verbessern und zum anderen die Aufenthaltsfunktion und die Erlebnisqualität zu erhöhen.

Herr Engelke ist der Ansicht, dass in diesem Fall der Antrag der SPD-Fraktion auf der Tagesordnung stehen müsste, weil dieser auch im Verwaltungsausschuss behandelt wurde und er habe kein Verständnis dafür, dass nun eine Verwaltungsvorlage vorliege.

Bürgermeister Schobert nimmt zu der Äußerung von Herrn Engelke Stellung und erläutert die Arbeit in einer kommunalen Verwaltung. Er erklärt, dass, wenn sich der Verwaltungsausschuss, wie in diesem Fall, mit einem Antrag befasst habe, die Verwaltung daraufhin eine qualifizierte Vorlage erarbeitet. In dieser Vorlage finde sich auch die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses wieder. Somit befinde sich der Rat in einem normalen und richtigen Verfahren.

Herr Ryll greift die von Herrn Gehrke geäußerten Vorwürfe gegenüber der CDU-Fraktion auf und nimmt dazu Stellung. Er weist Herrn Gehrke darauf hin, dass sich die CDU-Fraktion in der Vorbereitung auf eine Ausschusssitzung jede Vorlage nochmals intensiv ansehe, darüber berate und wenn es als erforderlich erscheint, die Inhalte auch nochmal mit externen Betroffenen bespreche. Dies habe die CDU bei dieser Vorlage auch getan und über die aktuelle Sachlage mit den zu 100% Betroffenen gesprochen. Im Anschluss an die Gespräche habe sich die CDU-Fraktion nochmals eine Meinung zu der Vorlage gebildet, welche eindeutig war und welche in der vergangenen Sitzung des AWTIS bekanntgegeben wurde. Herr Ryll stellt fest, dass ein solcher Versuch nur funktionieren könne, wenn die Personen, die diesen Versuch durchführen müssen, auch mitmachen, was vorliegend nicht der Fall sei. Er weist darauf hin, dass es hierbei um die Existenz der Marktbesucher gehe, die ihrer Einschätzung nach eine wirtschaftliche Einbuße durch eine Verlegung erwarten. Dies könne die CDU-Fraktion nicht ignorieren.

Herr Strümpel geht auf das Thema Demokratieverständnis ein. Hierbei gäbe es verschiedene Ebenen. Er ist der Auffassung, dass mehr als 90% der Bürger für eine Verlegung des Wochenmarktes auf den Marktplatz seien und sich diese wünschen. Zur Demokratie gehören beide Seiten, sowohl die der Bürger, als auch die der Besucher. Herr Strümpel weist darauf hin, dass man ein Risiko eingehe, den Mittwochs-Wochenmarkt ganz verschwinden zu lassen, wenn der Mittwochs-Wochenmarkt auf dem Holzberg bleibe. Weiterhin kann Herr Strümpel bestätigen, dass es die Gastronomen auf dem Markt ausdrücklich begrüßen, den Wochenmarkt auf dem Markt auszuprobieren, weil sie sich davon eine Belebung versprechen.

Herr Engelke verlässt den Ratssaal.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt mit 15 JA-Stimmen bei 8 NEIN-Stimmen sowie 2 Enthaltungen den nachfolgenden - geänderten -

Beschluss

Der Wochenmarkt wird nicht auf den Marktplatz verlegt.

Herr Engelke nimmt wieder an der Sitzung des Rates teil.

TOP 23 Antrag auf den Verzicht von Herbiziden bei der Pflege der städtischen Grünflächen einschl. der Bauminseln; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

V121/17

Herr Doil trägt den Antrag vor und verliest den Beschlussvorschlag.

Der Bürgermeister berichtet, dass die Stadt Helmstedt bereits seit dem Jahr 2016 auf den Einsatz von Herbiziden verzichtet.

Daraufhin zieht Herr Doil den Antrag zurück.

TOP 24 Bekanntgaben

TOP 24.1 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Haushaltsjahr 2017; Stand: 17.05.2017

B036/17

Der Rat der Stadt Helmstedt nimmt die Bekanntgabe 036/2017 zur Kenntnis.

TOP 25 Einwohnerfragestunde

Den anwesenden Einwohnern wird erneut Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird in 2 Fällen zu den Themen Bekanntgabe der bereits erfolgten Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes der Stadt Helmstedt für die Öffentlichkeit und Bauvorhaben Edelhöfe Gebrauch gemacht.

Sodann beendet die Ratsvorsitzende Elisabeth Heister-Neumann um 19:25 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Stadt Helmstedt. Nachdem alle Gäste den Saal verlassen haben, eröffnet sie den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Stadt Helmstedt.
